

# Vorwärts

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 2 1/2 bis 5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 297

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Mexiko - kein Land für Kappisten!

Schärfste Unterdrückung des Militärputsches.

Reuter meldet aus New York:

Der Aufruhr in Mexiko hat nur 24 Stunden gedauert, da Präsident Calles dessen Urheber mit eiserner Hand niedergewungen hat. General Serrano ist, wie gemeldet, erschossen worden. Die Stadt Perote im Staate Veracruz, wo General Gomez sich verborgen halten soll, ist von den Regierungstruppen umzingelt und dürfte in der aller nächsten Zeit fallen. Die Regierung gab Befehl, die Güter der Aufständischen überall zu beschlagnahmen und sie zur Bestreitung der durch die Niederwerfung des Aufruhrs verursachten Kosten zu verkaufen. Es ist schwer, angesichts der scharfen Zensur die Stimmung der Bevölkerung zu ergünden, nach eingegangenen Telegrammen soll jedoch die öffentliche Meinung der Regierung günstig sein.

General Obregon meldete telephonisch, daß zahlreiche Aufständische nach der Hauptstadt zurückkehren, um sich der Regierung bedingungslos zu ergeben. Die Leichen Serranos und dreizehn seiner Anhänger sind öffentlich ausgestellt worden.

Der Oberst Manzanilla ist mit sämtlichen Offizieren

seines Stabes wegen seiner Beteiligung an der Militärrevolte zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Die Verhaftung und Erschießung des ausländischen Generals Serranos geschah in Puebla. 14 seiner Anhänger wurden ebenfalls hingerichtet. Unter ihnen befinden sich die Generale Carlo Arrija, Miguel Poralla, Carlo Vidal, der Gouverneur des Staates Chlapa, ferner der Privatsekretär des früheren Präsidenten Huerta, Gonzales, sowie der Propagandadirektor des Generals Serrano, Mallinez Escobar. Aus El Paso wird gemeldet, daß 14 Offiziere des 16. Bataillons, das in Torreon gemuert hatte, hingerichtet worden sind. Die Regierungstruppen verfolgen den ausländischen General Arnulfo Gomez. Die Regierung hat in allen Großstädten des Landes Truppen konzentriert.

Bei den Kämpfen in Jalisco wurden 19 Rebellen getötet und 20 verwundet. Ausländische haben bei Tezaco einen Eisenbahnzug überfallen und die Passagiere beraubt. Präsident Calles mobilisiert weitere Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande.

### Beflaggung der Reichswehrgebäude.

Alles in Ordnung.

Das Reichswehrministerium erklärt nunmehr, daß die Beflaggung der Reichswehrgebäude am 2. Oktober durchaus vorchriftsmäßig gewesen sei. Es besteht dafür nämlich folgende Verordnung: „Hat ein Reichswehrgebäude nur einen Fahnenmast, dann fliegt es die Reichskriegsflagge; hat es daneben noch einen zweiten Flaggenstod, dann kommt schwarzrotgold daran. Sind noch mehr Flaggenstöcke vorhanden, so werden beide Flaggen in gleicher Zahl ausgezogen; erreichen die Flaggenstöcke aber eine ungerade Zahl, dann kommt an den überschüssigen Flaggenmast die Reichskriegsflagge.“

Da nun das Reichswehrministerium im Bender-Block drei Fahnenmasten hat, wurden zwei Reichskriegsflaggen und eine schwarzrotgoldene gehißt. Das Münchener Wehrkreis-Kommando ist mit bayrischen Staatsbehörden im gleichen Gebäude untergebracht, hat für sich nur einen Flaggenstod zur Verfügung und hißte darauf vorchriftsmäßig und befreit die Reichskriegsflagge.

### Die Gewissensnot der Lehrer.

Braunschweiger Lehrer drohen mit der Niederlegung des Religionsunterrichts.

Braunschweig, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Hauptversammlung des Braunschweiger Landes-Lehrervereins nahm eine Entschließung an, in der die Bestimmung des Neubessenen Schulgesetzes über die Einsetzung der Kirche in den Religionsunterricht als eine unwürdige Zumutung der Religionslehrer abgelehnt wird. Sollte die Kirche bei ihrer Forderung beharren und der Entwurf Gesetz werden, so müssen die im Landes-Lehrerverein organisierten Religionslehrer (etwa 1400) von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und den Religionsunterricht aus Gewissensnot niederlegen.

### Der Rechtsirrtum im Strafrecht.

Eine Verbesserung des Strafgesetzentwurfes erreicht.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages brachte heute die gestern begonnene Beratung über den Begriff des Rechtsirrtums zum Abschluß. Genosse Bender hatte in eingehendster Weise zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen und in zahlreichen Beispielen die bisherige Rechtsprechung des Reichsgerichts über den Begriff des Rechtsirrtums kritisiert. Er verlangte eine Erweiterung des Irriumsbegriffes nach der Richtung, daß bei Mangel des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit unter allen Umständen Straffreiheit eintreten müsse. Er wies darauf hin, daß die jetzige Gesetzesvorlage in ihren Bestimmungen über den Irrium selbst von gebildeten Laien nicht zu verstehen sei und daß eine allgemeinverständliche Sprache gefunden werden müsse.

Nach eingehender Beratung, insbesondere auch über den Rechtsirrtum, wurden zwar die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge zu den hier einschlägigen Paragraphen abgelehnt, es wurde aber doch eine Besserung des Gesetzentwurfes entsprechend einem Antrag Rahl beschlossen, und zwar mit den Stimmen unserer Genossen gegen die Deutschnationalen, wodurch wenigstens der bisherigen Rechtsprechung ein Ende gemacht wurde, nach der ein Rechtsirrtum nur dann Berücksichtigung findet, wenn es sich um einen Irrium über außerhalb des Strafrechts liegende Gesetze handelt. Nach den heutigen Beschlüssen des Strafrechtsausschusses wird künftig auch der unverschuldete Rechtsirrtum, der sich auf Strafgesetze bezieht, die Strafe ausschließen, und es wird bei Rechtsirrtum unbedingt Strafmilderung eintreten.

### Um Rakowski.

Tschitscherin will ihn halten.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Blätter veröffentlichten in großer Aufmachung eine Havas-Meldung aus Moskau, daß die russische Regierung nicht daran denke, den Botschafter Rakowski abzurufen. Tschitscherin sei nach

wie vor Begner der Abberufung. Die Abgeordneten Berthou (Kommunist) und Fontanier (Sozialist) haben den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Kammer aufgefordert, den Ausschuß zur Prüfung des Falles Rakowski einzuberufen.

Auch die Berliner Sowjetbotschaft teilt uns mit, daß Tschitscherin, entgegen anders lautenden Meldungen, sich stets gegen eine Abberufung Rakowskis geäußert habe, für die kein Grund vorliege und die auf die russisch-französischen Verhandlungen ungünstig rückwirken würde.

### Die spanische Verschwörung.

Sturz des Direktoriums - das Ziel?

Paris, 5. Oktober.

Wie aus Biarritz (Südfrankreich) gemeldet wird, soll sich ein Teil der Führer der gegen die spanische Regierung gerichteten Bewegung zurzeit dort aufhalten, u. a. der Führer der liberalen konservativen Partei Sandes, der frühere Ministerpräsident Sanchez Guerra, der frühere Minister Alba und der Dichter Unamuno. Es sei aber nicht erwiesen, ob sie mit dem vorgelegten aufgedeckten Komplott in aktiver Verbindung stehen. Soweit bisher durch die engen Mäßen der Zensur durchgesickert ist, sollen nur liberale Politiker und Anhänger der Arbeiterpartei, sogenannte Syndikalisten, kompromittiert sein.

Dem Pariser „Journal“ zufolge sollte sich die Verschwörung nicht gegen das Leben des Königs richten, sondern lediglich den Sturz des Direktoriums am Tage des Zusammentritts der sogenannten „Nationalversammlung“ bezwecken. Die Lage sei weiter verworren.

### Neue Verhaftungen.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Nach Meldungen aus Barcelona hat die Polizei dort umfangreiche Verhaftungen vorgenommen. So wurden 30 Personen, Anhänger der ignobilitarischen Bewegung, festgenommen.

### Eine sonderbare „Nationalversammlung“.

Madrid, 4. Oktober.

Heute wurde eine Liste von 400 Persönlichkeiten veröffentlicht, die von der Regierung als Mitglieder der „Nationalversammlung“ ausersehen sind. An der Spitze der Liste steht Infant Carlos von Bourbon, der Schwager des Königs; es folgen Generalkapitän Beyler, Admiral Delapiente, drei Kardinäle, mehrere Generale, darunter Jordana, mehrere Mitglieder beiderlei Geschlechts aus der hocharistokratischen. Ferner verzeichnet die Liste zwölf frühere Minister, mehrere Männer und Frauen von Literatur und Presse. Auf der Liste bemerkt man weiter 82 ehemalige Abgeordnete und Senatoren, ferner Namen aus der Finanz, Gemäß dem Wunsch der Regierung, daß alle politischen Parteien in der „Nationalversammlung“ vertreten seien, sieht man unter den Mitgliedern Angehörige der äußersten Rechten und der äußersten Linken.

### Tschangtsolin geschlagen.

Vormarsch der Schansi-Armee.

Peking, 5. Oktober.

Die Schansi-Armee hat auf ihrem Vormarsch gegen die Truppen Tschangtsolins Kalgan besetzt. Es gelang ihnen eine Flanken-umgehung, so daß sich die mandchurischen Truppen zurückziehen mußten und schon in der Nähe des Nankau-Passes stehen sollen, wo weiterer Widerstand geleistet werden soll. Die Schansistruppen setzen sich aus 15 Divisionen Infanterie und 20 Divisionen Kavallerie zusammen. Die Gesamtstärke wird mit etwa 150 000 Mann angegeben. Sie sind, wie schon früher berichtet, für glänzende Verbändnisse gut ausgebildet und ausgerüstet. In Peking ist die Nervosität recht groß, die Presse steht unter Vorprüfung.

### Pseudo-Sozialismus.

Das „staatssozialistische“ Experiment des Faschismus.

Man schreibt uns von der italienischen Grenze:

Gelegentlich hört man sagen, daß die Sozialdemokratie dem Faschismus eigentlich dafür Dank wissen sollte, daß er auf breiter Grundlage ein staatssozialistisches Experiment unternimmt. Dem ließe sich manches entgegenhalten, vor allem, daß man das Recht auf Dank erwirbt für etwas, das man freiwillig tut - also wegen des ethischen Wertes der Tat - oder für den objektiven Wert des Betanen.

Nun ist aber der Staatssozialismus des faschistischen Regimes durchaus nichts freiwillig Erwähltes oder gar die Verwirklichung eines Programms. Er ist vielmehr dem Faschismus als ungeahnte und ungewollte Folge seiner Abwürgung jeder freien Initiative: entweder den Druck vermindern, der alles im Lande niederhielt, oder an die Stelle der privaten Steuerung die Steuerung von oben treten lassen. Was bei Verminderung des Drucks erfolgt wäre, ließ sich nicht absehen, so erschien der Staatssozialismus, der dem Faschismus aus tiefer Seele widerstrebt als das geringere Uebel. Er bot einmal das Mittel, die durch die Zerstörung der Arbeiterorganisationen künstlich vermehrte Macht der Unternehmer zu meistern; weiter erschien er als ein rationelles Mittel, die Folgen der Wirtschaftskrise abzuwehren. Jede Diktatur muß danach streben, durch materiellen Wohlstand die Massen schadlos zu halten für ihre Einbuße an Rechten und Würde. So waren die staatssozialistischen Maßnahmen, die man, um ihren Kontrast zum primitiven Faschismus zu übertrüben, als „corporative“ Maßnahmen bezeichnet, ein Ausweg, den der Faschismus notgedrungen und mit Widerwillen einschlug.

Was nun den objektiven Wert des Experiments betrifft, so ist zu bemerken, daß jedes Experiment um so beweiskräftiger sein muß, je ungewogener es ist, je leichter sich seine Vorbedingungen spontan wiederholen oder herstellen lassen. Deshalb ist der praktische Wert des faschistischen Staatssozialismus minimal: sein Gelingen wie sein Mißlingen werden herzlich wenig besagen, denn es gibt keinen Kulturstaat, dessen Volk sich freiwillig zu einem derartigen Versuch hergeben würde, und kein Kulturvolk, das sich zu ihm zwingen ließe.

Denn dieser Staatssozialismus verwirklicht einerseits ein höchst maß von Zwang, das bei dem Fehlen jeder Kritik, jeder Selbststeuerung der Teile einen wahren Rattenkönig von Verwirrung vorbereitet; andererseits dient er Sonderzwecken, die ganz außerhalb der nationalen Wohlfahrt liegen.

Ob er will oder nicht, muß der Faschismus immer schärfer zentralisieren und immer mehr die individuelle Freiheit beschränken. Um die Frage der Arbeitslosigkeit zu lösen, hat man schon die Gründung von industriellen Betrieben mit mehr als hundert Arbeitern von der Regierungserlaubnis abhängig gemacht, wenn diese Betriebe in Städten mit mehr als hunderttausend Einwohnern gegründet werden sollen. Dadurch glaubt man, der Landflucht zu steuern, die aber, bei dem beständigen Abbau der Löhne der Landarbeiter und bei der Durchführung des Sechsstundentages an Stelle des Achtstundentages immer mehr zunimmt. Ein Versuch des Präsidenten der Arbeiterorganisationen, des Abg. Rossini, den Arbeitsnachweis diesen Organisationen zu sichern, ist sofort von der Regierung abgeschlagen worden. Der Arbeitsnachweis wird „paritätischen“ Institutionen übertragen werden, deren praktische Erfahrung die Anwendung von Zwang nahelegen wird, und das Ende vom Liede wird die Abschaffung der Freizügigkeit sein. Die Studien über die Rationalisierung des Handels haben schon die Forderung des Abbaus der kleinen Verkäufer ergeben, bei deren Verwirklichung der Faschismus in das Fleisch der eigenen Anhänger schneiden müßte.

Gewiß gibt es keine Rationalisierung der Wirtschaft, auch nicht eine im sozialdemokratischen Geiste durchgeführte, die nicht Interessen verlegt und namentlich im Stadium der Einführung als Zwang und Beengung empfunden würde. Aber dabei stehen die Interessen der Gesamtheit auf dem Spiele, nicht die einer oligarchischen Clique. Der faschistische Staatssozialismus verliert nie die Vorteile seiner Partei aus dem Auge. Bei dem, was er als „Lösung der Wohnungsfrage“ bezeichnet, hat er sich zunächst eine wahrhaft kluge Demagogie geleistet. Jetzt veröffentlicht nun die „Gazetta Ufficiale“ ein Dekret, das die mit Staatszuschuß ausgeführten Arbeiter- und Beamtenwohnungen zu einer Handhabe politischer Verfolgung macht, indem es festsetzt, daß jeder sein Recht auf eine dieser Wohnungen vor dem endgültigen Ankauf verliert, der „sich in irgendeiner Weise in Widerspruch zu den allgemeinen politischen Leitlinien der Regierung setzt oder geleht hat“. Der betreffende Beschluß wird vom Minister der öffentlichen Arbeiten unter Zustimmung des Premierministers gefaßt und ist unanfechtbar. Wer also politisch nicht orthodox ist, bekommt kein Haus, wie er keine Arbeit bekommt und keinen Paß zum Auswandern. Wenige Tage vor dem Inkrafttreten dieses Dekrets hat das Direktorium des faschistischen Pressesyndikats eine Resolution angenommen, in dem, wie üblich, die Organisation als „politisches Werkzeug zu Diensten des Duce“ bezeichnet und weiter gefordert wird, man solle alle, die nicht als Berufsjournalisten, Praktikanten oder Schriftsteller in den Berufslisten eingetragen sind, von jeder Betätigung mit der Feder ausschließen. Am 2. Oktober veröffentlichte ein Mussolini persönlich nahestehendes römisches Revolverblatt die nachstehenden Leitsätze für den Journa-

1. Befehle, Entscheidungen, Handlungen des Duce dürfen nicht diskutiert werden; ihnen ist stillschweigend, blindlings, inbrünstig zu gehorchen. 2. Diskussion ist zulässig: a) über noch nicht begonnene oder beschlossene Aktionen, b) über auszuarbeitende Reformen, c) über die Führung einzelner Faschisten, ohne Ausnahme der Hierarchie, d) über allgemeine und besondere Probleme des Stils, der Ästhetik, der Moral, Kunst und Literatur. — Und dann wundert man sich, daß die Presse mit ihren Millionenbesitzern die Partei- und Staatskasse auspumpt!

Gerade an dem Presseproblem, das heute wegen seiner finanziellen Rückschlüsse für das Regime sich unliebig zur Geltung bringt, sieht man, daß die faschistische Zentralisierung und Rationalisierung, dem Geiste nach, dem Trübsinn nach näher steht, als dem Sozialismus. Technisch und organisatorisch haben ja diese beiden viel Gemeinsames. Aber der Staatssozialismus macht vor den geistigen Betätigungen halt, während das faschistische Experiment gerade bei ihnen angefangen hat, eben, weil der Faschismus sich bewußt ist, gegen die Mehrheit zu regieren. Ein Staatsmonopol in Erziehungssachen hat z. B. mit staatssozialistischer Organisation nichts zu tun. Der Faschismus baut aber an diesem Monopol jeden Tag etwas aus, weil es für ihn eine politische Machtquelle wird. So hat er die von den katholischen Organisationen abgeleiteten Wandervogel zwangsweise in seine Jugendorganisation übergeführt. Schon in der Volksschule wird es den Kindern fast unmöglich gemacht, nicht den Kinderorganisationen der „Balilla“ oder der „kleinen Italienerinnen“ beizutreten; beide Organisationen sind heute staatlich und leben aus Staatsmitteln. Eltern, die ihren Kindern den Beitritt verwehren, müssen darauf bedacht sein, ihnen das Leben in der Schule ungemüht zu erleichtern. Jetzt bemächtigt sich der Faschismus auch der religiösen Erziehung, indem er diesen kleinen Schwarzhemden Kapläne ernannt, um ihre Seelen zu behüten. Auf diesem Felde bereitet sich ein erster Konflikt mit dem Vatikan vor, der bis jetzt sehr weitherzig dem Kaiser gegeben hat, was des Kaisers ist und sich fast jedes moralischen Einspruchs enthielt, solange das herrschende Regime über Leiden schritt. Der „Observatore Romano“ machte dieser Tage auf die „geistigen Mütterrechte der Kirche“ aufmerksam, die ihr niemand streitig machen dürfte. Und dabei sieht der neue Strafgesetzentwurf sogar die Aufhebung der materiellen Vater- und Mutterrechte vor; unter den Nebenstrafen finden wir auch die Einbuße des Rechts, seine eigenen Kinder zu erziehen. Ganz im stillen hat das Regime durch eine Reihe von Dekreten und Gesetzen sich schon die Möglichkeit gesichert, Hand auf jedes Erziehungsinstitut zu legen, ihm einen lgl. Kommissar zu geben und es durch diesen im faschistischen Sinne zu leiten. Die vor-militärische Ausbildung liegt in Händen der faschistischen Miltz. Aber unter diesem offiziellen Monopol entbrennt ein stiller erbitterter Streit um die Jugend zwischen Kirche und Faschismus.

So hat das „corporative Experiment“ des heutigen Regimes ganz eigenartige Vorbedingungen und daher minimale Beweisraft für andre Länder. Es geht die Wege dessen, das man als Staatssozialismus zu bezeichnen pflegt, weil es rationalisieren muß, aber es geht sie mit dem Geiste der Teilhaber eines Truists. Alles ist auf die Erzielung politischer Dividenden zugespitzt: die Beherrschung der Wirtschaft hat für den Faschismus nicht soziale, sondern politische Zwecke.

Das Memeldirektorium Schwelms ist zurückgetreten. Der Gouverneur des Memelgebietes hat das Rücktrittsgesuch angenommen.

Tur immer langsam voran... Die Nachricht, daß die vom Reichsfanzler angeordnete und vom Spartenkommissar Sämisch geführte Untersuchung der Beziehungen Reichswehr-Phoebus-Film U. G. abgeschlossen sei, wird amtlich nicht nur nicht bestätigt, sondern sogar hinzugefügt, daß noch gar nicht zu übersehen sei, wenn dieses erfreuliche Ergebnis vorliegen werde. Wenn es aber so weit ist, dann wird Sämisch dem Reichsfanzler Bericht erstatten.

## Die Schule der Ausgestoßenen.

Von Ergo.

Daß Zigeunerkinder in die Schule gehen, ist eine Seltenheit. Fürs Leben sind ihnen andere Dinge notwendiger als Lesen und Schreiben. Finden sie doch einmal den Weg auf die Schulbank, so waren die Ausgestoßenen der menschlichen Gesellschaft rasch auch Fremdlinge, Getretene, Verspottete in der Kindergesellschaft...

Jetzt gibt es eine Zigeunerschule, eine einzige in Europa, eine einzige in der ganzen Welt. Das seltsame Haus erhebt sich am Rande der Großstadt Ughorod. Ughorod ist die Hauptstadt von Karpatenrußland, hinter der Slowakei gelegen, nahe der rumänischen Grenze, nicht die Hüchse, die Wölfe jagen sich hier gute Nacht. Wer nach Ughorod kommt, veräume nicht — aber Fremde kommen nicht nach Ughorod.

Die Zigeuner sind hier so sehsaft, daß sie die herumstreifenden Kollegen anderer Stämme der Polizei auslefern. Richtige Bürger sind sie, und der Gendarm fährt über ihre Namen genau Buch: fünfundsanzig Familien hat er sich aufgeschrieben, von einem bis zu zehn Köpfen; die meisten Familien haben die meisten Köpfe. Jede Familie nennt ein Hättchen ihr eigen. Ganz roh ist das, nur aus Lehm gebauet, selten mit Fenstern, sehr selten mit der Ruine einer Bettstelle versehen, und nur ein einzigesmal mit einer „Einrichtung“: die gehört dem Bürgermeister. Den gibt es. Die Zigeuner haben ihn aus ihrer Mitte gewählt, er besorgt den Verkehr mit den tschechischen Behörden, seine Hofen zieht ein großes Loch.

Ich habe also den Bürgermeister der Zigeuner interviewt und „offiziell“ bestätigt erhalten, was ich sah: furchtbares Elend, oft schlafen acht bis zehn Menschen in so einer Hütte ohne Luft und Licht, theoretisch geschlechterweis in die Ecken verteilt, die Eltern extra.

Wovon leben hier die Zigeuner? Von Betteln, von Kloakenreinigung, von Hundefang zurzeit der städtischen Hundesperre. Da stehen ein paar sehr hübsche junge Mädchen herum. Was treiben die? Prostitution. Polizeilich bestraft ist kaum jemand im Ort.

Jetzt wollen wir mal in die Schule gehen. Die Zigeuner haben dieses sehr europäisch aussehende einstöckige Häuschen selber aufgebaut, die dazu nötigen 65 000 Kronen haben ihnen Stadt und Staat zur Verfügung gestellt. Eben hat die Schule ihr erstes Betriebsjahr vollendet, der Bericht hierüber ging ans Unterrichtsministerium nach Prag, die hohen Herren auf der Burg sind mit ihm zufrieden. Zur Befolgung hängt den Zigeunerkindern — nein, nicht der Himmel, aber die Schulwand voller Weigen. Dreißig Kinder haben vom Staat dreißig Weigen geschenkt bekommen, denn der Unterricht ist ganz aufs Musikalische gestellt. Rußt ist Hauptsach. Nicht nur nach dem Gehör sollen die Kinder spielen lernen, sondern auch nach Noten.

Rußt macht Spaß. Die Kinder plüchern wirklich gern zur

## Monarchisten und Zentrum.

### Verärgerung über die deutschnationale Demagogie.

Stuttgart, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die antirepublikanische Propaganda der Deutschnationalen und ihre Sabotage der deutschen Mitarbeit im Völkerebund scheint im Zentrum, und zwar insbesondere in seinem zur Arbeitererschaft gehörenden Flügel, mehr und mehr Widerspruch auszulösen. Das zeigt sich u. a. in einem Artikel der „Schwäbischen Arbeiterzeitung“, des Organs des Landesverbandes der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen Württembergs, als dessen Verfasser man den Reichstagsabg. Andre anzuspochen hat. Der Artikel trägt die ironische Überschrift „Unsere deutschnationalen Freunde“ und verweist in der Einleitung darauf, daß, als vor drei Jahren die jetzige württembergische Regierung unter Bagills Leitung ins Leben trat, die Regierungsparteien unter sich vereinbart hätten, polemische Ausfälle und persönliche Angriffe soweit wie irgend möglich zu unterlassen. „Wir“, sagt Herr Andre, „haben uns daran gehalten.“ Dann fährt er fort:

„Wer allerdings in den letzten Tagen und Wochen die deutschnationalen oder bauerndemokratischen Presse in Württemberg gelesen hat, der mühte zu der Auffassung kommen, daß die Deutschnationalen weder in Württemberg noch im Reich besonderen Wert darauf legen, mit den anderen Koalitionsparteien weiter zusammenzuarbeiten zu können. Ganz abgesehen davon, daß der Außenminister Dr. Stresemann in Gestalt dieser Presse nichts hat recht machen können, wurde die ganze, auf eine friedliche Entwicklung eingestellte deutsche Außenpolitik weitgehendst abgelehnt.“

Das wird mit zahlreichen Zitaten aus der deutschnationalen Presse belegt. Nachdem dann noch auf die Ziele der neuerdings gebildeten „Kampfgemeinschaft“ zwischen dem Württembergischen Jungbauernbund und den rechtsradikalen Wehrverbänden hingewiesen wird, die eine schwarzweiße Monarchie ausrichten wollen, schließt der Artikel mit den Worten:

„Die Zentrumspartheileitung wird im Verein mit der Fraktion zu prüfen haben, ob die deutschnationale Partei, die so offenkundig die rechtsradikalen Organisationen als Träger der monarchistischen Staatsform begünstigt, für sie noch koalitions- oder bündnisfähig ist, sofern dieser Zustand andauern sollte.“

Aus diesen Äußerungen spricht ein ziemliches Maß von Koalitionsverdröbnisheit, das man nach allem, was vorgefallen ist, gut verstehen kann. Aber das Zentrum hat sich von seinen Bundesgenossen schon soviel gefallen lassen, ohne jemals irgendwelche Konsequenzen daraus zu ziehen. Man braucht nur an den demütigenden Brief des Freiherrn v. Stauffenberg zu erinnern, daß man auch diesen neuen Drohungen erst dann eine Bedeutung wird zumessen können, wenn das Zentrum seinen Worten auch einmal Taten folgen lassen wird.

## Ostpreussische Kulturbilder.

### Die Landarbeiter werden mißhandelt.

Aus Ostpreußen werden dem Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes folgende Begebenheiten mitgeteilt: In der Domäne Drosdowen, Kreis Oletzko, wurde eine schwangere Freiarbeiterin bei der Ernte beschäftigt und beauftragt, auf dem Felde Fuhrer zu laden. Wegen der Ausführung der Arbeit kam sie mit dem dortigen Oberinspektor Haase in einen Wortwechsel, der ihr befahl, vom Wogen herunterzusteigen und nach Hause zu gehen. Als die Schwangere auf dem Heimwege war, kam der Oberinspektor im vollen Galopp auf sie zu und ritt sie um, so daß sie sich dreimal überschlug. Die Folge davon kann sich jeder vorstellen.

Auf der früheren Domäne Polommen, die jetzt die Landgesellschaft aus Königsberg bewirtschaftet, werden die Frauen auch nicht besser behandelt. Der dortige Verwalter Schwilgen mißhandelt nicht nur die jüngeren weiblichen Arbeitskräfte, sondern auch Frauen, die 50 Jahre alt sind. So war es auch am 15. September, als er die 50 Jahre alte Ehefrau Börtke, die beim Kartoffelgraben tätig war, nicht nur beleidigte, sondern sie auch geschlagen hat.

Am 16. September hat der Sohn des Gutsbesizers Hein auf Mallesjewen, Kreis Lyd, einen Holzgänger derart mißhandelt, daß dieser junge Landarbeiter laut ärztlichem Attest eine längere Zeit arbeitsunfähig ist. Nicht genug damit, daß er ihn mit seinem Stock geschlagen hat, hat er ihn, als er zusammengebrochen an der Erde lag, noch mit den Stiefelabsätzen weiter mißhandelt. Er bedrohte auch den Vater des Holzgängers, der ihn darüber zur Rede gestellt hatte, mit dem Revolver. Dieser junge Herr trägt nämlich stets einen Revolver bei sich. Die Landarbeiter des Gutes Mallesjewen werden schlimmer als Sklaven oder Strafgefangene behandelt.

Die Gutsbesitzerin Frau Reich aus Schedlitzken, Kreis Lyd, beschäftigt auch Deputanten. Der Deputant H. B. erkrankte eines Tages und mußte den Arzt in Lyd aufsuchen. Als er soweit hergestellt war, daß er wieder arbeiten konnte, kam er eines Morgens vor Beginn der Arbeit auf den Hof, um für seine Familie noch einige Eimer Wasser aus dem auf dem Hof befindlichen Brunnen zu bringen. Er fand jedoch den Brunnen verschlossen. Als er den Schlüssel dazu verlangte, wurde ihm erklärt, daß, wenn er die Freiheit besitzt, mitten im Sommer krank zu feiern, er damit sofort entlassen sei. Und da er entlassen ist, brauche er auch kein Wasser.

Nach den Zahlen, die Dr. A. Goding, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Preussischen Statistischen Landesamt in der Zeitschrift „Der Heimadient“ über die Wanderungsbewegung in Preußen veröffentlicht, hat die ostpreussische Landwirtschaft in der Zeit von 1919 bis 1925 158 000 Personen durch Abwanderung verloren. Ostpreußen sei die Provinz, die am stärksten unter der Abwanderung zu leiden habe.

Kann man sich nach den vorstehenden Schilderungen noch darüber wundern? — Die Landarbeiter sind zur Abwanderung gezwungen, wollen sie nicht erleben, daß sie von den Gutsbesitzern oder deren Beauftragten wie Hunde mit Stöcken verprügelt, mit Äbspfen getreten, mit der Schußwaffe bedroht und auf das Straßengpflaster geworfen werden.

Wann endlich werden sich die Behörden der Lebenspein der schaffenden Landbevölkerung annehmen?

## Friedensstörer Litauen.

### Scharfe Sprache in Warschau.

Warschau, 5. Oktober.

Die polnische Linkspresse führt gegen Litauen wegen der Maßnahmen gegen das dortige polnische Schulwesen eine scharfe Sprache. Das „Pilsudski-Blatt“ „Glos Prawdy“ (Stimme der Wahrheit), betont, daß Litauen in der Hand seiner Gewalt herrscher die Befriedung Osteuropas geföhde. Es bestehe die Frage, ob ein Volk, das zur Herrschaft über sich selbst noch nicht reif sei, das Vorrrecht genießen dürfe, Litruhe zu stiften und den Frieden zu stören. Das Blatt fragt schließlich, ob der litauische Staat nicht nur ein däßeres Mißverständnis sei. Es liege nicht nur im Interesse Polens, sondern auch Europas, die Frage rasch zu beantworten. „Kurjer Poranny“ ist darüber empört, daß Litauen Wilna als seine Hauptstadt erklären will. Das Blatt meint, daß die Politiker Komonins Irennhaus gehörten und daß ihnen Zwangsjacken angelegt werden müßten. Eine besonders heftige Sprache führt die polnische Presse der Stadt Wilna.

## Roter Klempnerladen.

### Revolutionsjubiläum mit Ordensverteilung.

Moskau, 5. Oktober. (D. B.)

Da sich jetzt das erste Jahrzehnt des Bestehens der Roten Armee vollendet, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, Offizieren und Soldaten, die sich in den Bürgerkriegen und in den Kämpfen gegen die sowjetfeindlichen Generale ausgezeichnet haben, den Orden der „Roten Fahne“ zu verleihen. Die Liste der für den Orden in Frage kommenden Kandidaten soll der Revolutionskriegsrat als oberste militärische Behörde zusammenstellen und vorlegen. Die Verleihung des Ordens soll während der Festtage des Revolutionsjubiläums stattfinden.

## Sinfoniekonzert der Berliner Schutzpolizei.

Auch ohne wohlthätigen Nebenweck verdiente das Konzert des Orchesters der Schutzpolizei das „Auserkauft“ an der Kasse des großen Saales der Musikhochschule. Es war ein Nichtmüßterkonzert, bei dem man aber als Kritiker durchaus kein Auge zudrücken brauchte. Ja, mehr als ein Orchester von Hochmusikern habe ich, auch an dieser Stelle, gehört, das dieser wohl-disziplinierten Schar nicht das Wasser reichen konnte. Die Holzbläser sind zwar zum Teil etwas zaghaft, aber doch firm und vornehmlich Tongebung, die Geiger haben wohl nicht den Schmelz und die Brauour unserer Philharmoniker, der Pauker könnte manchmal etwas besser dämpfen. Aber der schnelle Strich und die gesunde Phrasierung der Violine, ihre wohlthuende straffe Rhythmik, die famosen, ausdrucksvollen zwei ersten Celli und die ihren Aufgaben völlig gewachsenen Blasinstrumente machen mit den anderen die kleinen Anstände wieder vollständig weis. Es ist ein herzerfreuendes Musizieren. Und Camillo Hildebrand, der ruhelohe, vielgewanderte ehemalige Dirigent der Philharmoniker, scheint der richtige Mann zu sein, um diesen „Liebhabern“ Feuer in die Adern zu gießen. Schon die erste Nummer der Vortragsfolge, Dvoraks Duvertüre „In der Natur“, wurde so recht herzhast, tonstark und possenoll ausgeführt, wie es dieses schöne, trotz kleiner Anlehnungen an Mendelssohn und Beethoven echt bodenständige Werk verdient. Auch Bizet's „Dur-Konjert“ war sehr anerkenntenswert. Der Solist des Abends war der in Vorkriegszeiten vielgehörte Waldemar Rüttsch, der sich schon lange überaus rar macht. Sein vollendetes Klavierpiel ist in den zarteren Partien zwar immer etwas weichlich und tonarm, aber überaus fein und eindringlich in den glänzenden „Fresco“-Stellen sehr wuchtig und temperamntvoll. Den Beschluß machte die große C-Dur-Sinfonie Schuberts, bei der nur die „himmlische Länge“ des Andante dem Ganzen prächtigen und auch tiefen Eindruck etwas gefährlich wurde. Das Publikum war ehrlich begeistert, und Camillo Hildebrand tat sehr unrecht daran, sein modernes Orchester nicht auch am Danke teilnehmen zu lassen. Heinrich Maurer.

Heber „Neue Baukunst“ hält Bruno Taut auf Einladung der Volksbühne G. B. zwei Vorträge im Hörsaal der Kunstgewerbeschule, Brimg-Albrecht-Str. 7a. Die Vorträge finden am Sonnabend, dem 8. und Sonnabend, dem 22. Oktober, jeweils 8 Uhr, statt. Einlaßkarten für jeden Vortrag zum Preise von 0,70 M. in den Geschäften und Verkaufsstellen der Volksbühne G. B. und auch in städtischen Theatertassen.

Die Volksbühne hat die Komödie „Fotolien“ von Marcel Cagnol und Paul Rivoy in der Uebersetzung von Fred K. Angermayer erworben.

Lesungsmuseum. Donnerstag, 20 Uhr, zum 70. Geburtstag von Hermann Sudermann und Hedor von Johellij Vortrag von Fritz Ober. Vorlesung des Einlers „Der Hüter der Schwelle“ und anderer Dichtungen. Lucie Borchmann von Rog-woll singt Sudermann'sche Lieder. Mit Hilge Irmgard Hofmann. Der Eintritt ist frei.

Im Antik-Telegraph-Museum hält Sonntag, 9. September, 9/11 Uhr, Dr. Verbold van Dorn, Degerent für Kunst im Polizei-Präsidium, Vortrag über die italienischen Renaissance-Maler bis zu Rombo.

Witwen von Schöls hielt am Freitag, dem 14. Oktober 7/30 Uhr im Wiener-saal des Herrenhauses aus seinen Werken. Karten bei Dote u. Dod u. A. Berghelm.

Schule, sie sind von dem Wunsche auch noch nicht wieder abgetommen. Dann gibt es noch einen besonderen Anziehungspunkt: das ist der Suppenkessel vom Roten Kreuz. Auch mal in die Schule reingehen? Aufpassen! Machen Sie Ihre Schuhe nicht naß! Die Kinder müssen sich im Waldraum gründlich duschen, bevor sie ins Klassenzimmer gelassen werden. So, links ist der Eingang.

Der Lehrer ruft „Tendren savore!“ Alle aufstehen! Dann begrüßt uns in voller Befehung aller Stimmen ein Lied, in der Zigeunersprache gesungen; es soll hier gleich überetzt stehen:

„Ein Zigeunermädchen war meine Geliebte.

Sie meinte, ich würde sie heiraten,

Aber ich wollte sie nicht.“

Ich weiß leider nicht, wie sich die Liebestragödie weiterentwickelt hat, statt diese Wichtigkeit zu Ende zu übersehen, erzählt der Lehrer gleich dies und jenes von seiner Schule; den Kindern ruft er zu „Csit!“, Ruhe; „Beschen!“ Sehen. Es ist aber nicht gleich ruhig und die Kinder sehen sich auch nicht sofort, aber ich muß sagen, das gefällt mir viel besser, als der Besuch der Dresdener Versuchsschulmusterklasse in Gohrisch bei der Festung Königstein, wo nacheinander, sobald man ins Klassenzimmer kommt, je ein Junge und ein Mädchen auf einen zustürzen und ansprechen: „Ach begrüße Sie im Namen der Knabenklasse Quinta B.“ „Ach begrüße Sie im Namen der Mädchenklasse Quinta B!“ Im Namen...

Der junge Lehrer von Ughorod heißt Soestat. Er hat die Zigeunersprache erlernt, obwohl die offizielle Unterrichtssprache slowakisch ist, das die Kinder auch ganz gut beherrschen. Soestat ist ein Pädagoge vom modernsten Schlag — schlägt also nie, gegen den Willen der Eltern übrigen. Er hat mit den Kindern die besten Erfahrungen gemacht, nie ist ihm etwas gestohlen worden. Im Gegenteil: sie schenken ihm ihre ganze Liebe.

Deutsch als Lehrsprache an der lettischen Universität. Der Senat der Universität hat vor einiger Zeit durch Rundschreiben die Mitglieder des Lehrkörpers, die bisher in russischer Sprache gelehrt haben, aufgefordert, in diesem Semester das Mögliche zur deutschen Vorlesungssprache überzugehen. Das in Riga erscheinende russische Blatt „Sewodnja“ wendet sich gegen diese Aufforderung des Senates, die ein charakteristischer Beweis dafür sei, wie die Politik in das akademische Leben eindringt. Im Gegenzug hierzu gibt die „Riga'sche Rundschau“ der Ansicht Ausdruck, daß die Verfüzung des Unterrichtsministers nichts mit Politik oder „modischen Strömungen“ zu tun habe, sondern daß es Vollzüge der Zweckmäßigkeit seien, die sie veranlassen haben. Da das Deutsche als Bildungsfach in den Mittelschulen an einer wichtigen Stelle stehe, das Russische aber fast ausschließlich auf Wunsch gelehrt wird, so sei zu erwarten, daß die Kenntnis der deutschen Sprache unter der Schuljugend im Laufe der Jahre die Kenntnis der russischen Sprache weit überflügeln wird. Als zweites weist das Blatt auf die Bedeutung des Deutschen als Sprache der Wissenschaft hin.

## Deutschnationaler Arbeiterfang.

Hoffnung auf die Splittterarbeit der Kommunisten.

Die „Börliger Volkszeitung“ veröffentlicht einen vertraulichen Rundbrief des Deutschnationalen Arbeiterbundes, der über die Taktik der Deutschnationalen bei dem kommenden Reichstagswahlkampf Aufschluß gibt. Trotz aller schwarzweißen Fanfaren sieht man dem Wahltag mit mancherlei Beklemmungen entgegen. In der deutschnationalen Parteileitung ist man sich seiner Sünden bewußt. Man rechnet damit, daß ein Teil des Bürgertums abfallen und in das Lager der Aufwärtler und der Mittelstandsparteien übergehen wird. Unter diesen Umständen wird der Deutschnationalen Partei, so folgert der Rundbrief, das Beitreten mit dem gefährlichsten und ausfallsreichsten Gegner, der Sozialdemokratie, nur glücken, wenn es gelingt, an die Arbeitermassen heranzukommen:

Will die DNVP. dennoch ihr Ziel erreichen, will sie gekürt aus dem nächsten Wahlkampf hervorgehen, dann muß sie ihren Zuwachs da suchen, wo er allein noch zu finden ist, dann muß sie das Riesenerbe der deutschen Arbeiterklasse auszunutzen versuchen.

Das bedeutet aber: Kampf mit der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie, und zwar nicht Kampf um dieses oder jenes politische, kulturelle oder sonstige Ziel, sondern Kampf ausschließlich und allein um die Seele des Arbeiters, allein um die lebendige Masse der handarbeitenden Bevölkerung.

Dabei brauchen andere Arbeitsgebiete nicht vernachlässigt zu werden, aber alles andere ist nicht entscheidend, von entscheidender Bedeutung ist allein dieser Kampf.

Die letzte Berufszählung zeigt uns, daß in Deutschland etwa 30 Proz. Selbständige in Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und in den freien Berufen vorhanden sind, daß etwa 70 Proz. der Gewerbstätigen auf die Arbeitnehmererschaft entfallen. Diese eine Zahl zeigt: Gelingt es der Sozialdemokratie, die Arbeitnehmererschaft unter ihrer Fahne zu vereinigen, dann hat sie nicht nur — wie leben in der Zeit des allgemeinen, gleichen Wahlrechts! — überall eine Mehrheit, nein, die anderen 30 Proz. wären nicht einmal in der Lage, auch nur ein verfassungsänderndes Gesetz zu verhindern, selbst solche Gesetze würde eine einheitliche Arbeiterpartei jederzeit durchsetzen können.

Wie hofft die Deutschnationalen Partei nun ihr Ziel zu erreichen? Der Rundbrief spricht es aus. Die Deutschnationalen haben zwei heimliche Bundesgenossen. Der eine ist der reaktionäre Flügel im Zentrum:

„Das Zentrum hat noch verhältnismäßig große Massen Arbeiterwähler. Macht das Zentrum entschlossen bis zur Reichstagswahl seine Politik mit der Rechten, dann wird ein heftiger Kampf mit der Sozialdemokratie nicht ausbleiben. Dieser allmählich entbrennende Kampf wird das Zentrum stärken, wird ihm die Loslösung seiner Arbeiterwähler von der Sozialdemokratie gestalten, wird auch die christlichen Gewerkschaften in einen stärkeren Gegensatz zur Sozialdemokratie und zum ADGB. bringen und damit reinigend wirken.“

Die stärkste Hoffnung der Deutschnationalen sind aber die Kommunisten. Mit ihnen hofft man das Rennen zu machen:

Insbesondere die bisherigen Kommunisten wissen vielfach nicht, wozu sie politisch sollen. Gegen die Sozialdemokratie sind sie mit berechtigtem Mißtrauen geladen, die eigene Partei zerbricht ihnen aber immer mehr. Gelingt es, in richtiger Weise an diese Kreise heranzukommen, so kann das mehrere hunderttausend Stimmen ausmachen. Hier heißt es aber Vorsicht! Kommunisten von heute können wohl deutschnationalen Mitglieder von morgen, aber keine deutschnationalen Führer oder auch nur Unterführer von morgen sein. Bei allem Betätigungsdrang, der diese Leute befeuert, sie müssen, bevor wir sie ganz einspannen können, eine gewisse Quarantäne durchmachen.

Der Rundbrief zeigt die Verhältnisse wie sie sind. Eine einheitliche Arbeiterpartei wäre jederzeit in der Lage das Parlament zu beherrschen. Wenn das noch nicht der Fall ist, so hat man das der Zerplitterungsarbeit der Kommunisten zu verdanken. Die Kommunisten haben weite Kreise der Arbeiterchaft der Arbeiterbewegung entfremdet. Die Folge: die Deutschnationalen, die erklärtesten Feinde einer selbständigen Arbeiterbewegung, spekulieren darauf, diese von den Kommunisten verhehten Arbeiter in ihr Lager herüberzulockern, um einen entscheidenden Sieg der Arbeiterchaft zu verhindern!

Der Rundbrief des deutschnationalen Arbeiterbundes wird die ungewollte Wirkung haben, auch solchen Arbeitern die Augen zu öffnen, die bisher noch nicht wußten, worum der Kampf geht. Er ist ein wichtiges Dokument für die sozialdemokratische Verbewoche, die vom 6.—13. November stattfindet.

## Vorbereitung auf den Wahlkampf.

Genosse Lbbe spricht in Breslau.

Breslau, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Reichstagspräsident Genosse Paul Lbbe hielt am Dienstag in einer Parteiverammlung in Breslau ein großzügiges Referat über die gegenwärtige Reichspolitik, womit die Breslauer Genossen bereits in die Vorarbeit zur bevorstehenden Wahlabrechnung getreten sind. Genosse Lbbe machte dabei sehr wichtige Ausführungen über unser Verhältnis zu Rußland und sagte hierzu: Rußland fühlt sich durch die imperialistischen Mächte, in erster Linie durch England, besonders bedroht. Es kann in der Welt aber im Augenblick keinen wirksameren Schutz finden als in einem Zusammenarbeiten mit den großen Arbeiterparteien Westeuropas, ohne sich in deren eigene Angelegenheiten einzumischen. Nicht die kleineren und zerplitterten kommunistischen Gruppen können die Träger des Widerstandes gegen eine antirussische Kampagne sein, sondern nur die große englische Arbeiterpartei, die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialisten Frankreichs, Spaniens und Österreichs.

Auch zur Frage des Reichsschulgesetzes äußerte sich Genosse Lbbe in beachtlicher Weise. Hierzu führte er folgendes aus: Die zahlreichen preussischen Abänderungsvorschläge bedeuten ja schon eine erhebliche Abschwächung der Reichsschulvorlage. Es ist falsch, wenn die Gegner der Sozialdemokratie gegen dieses Schulgesetz als Feindschaft gegen die Religion ausgelegt wird. Das Zentrum weiß aus jahrelangem Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie, daß das nicht stimmt. Wir lassen jedem seine Religion und verwehren auch den kirchlich Gesinnten den Unterricht ihrer Kinder in ihren Anschauungen so wenig, als wir uns den konfessionsfreien nehmen lassen wollen. Der Staat aber soll die Kinder nicht trennen, sondern zusammenführen und dazu dient die Gesamtschule, die wir verlangen müssen.

# Der Freund als Ersafschöffe.

Ein teuer bezahlter Freundschaftsdienst.

Herr Buttler ist Molkereibesitzer. Das Geschäft jedoch führt seine Frau; er dagegen liebt den Alkohol. Richtig nüchtern ist er eigentlich nie. Eines schönen Tages zeigt er seinem Freunde, Herrn Kusche, in dessen Gastwirtschaft er gewöhnlich verkehrt, seine Ladung als Schöffe. Buttler ist stolz auf die ihm zuteil gewordene Ehre. Als der Termin aber näherückt, wird es ihm bange zumute: wird er seiner Pflicht genügen können? Ach, tröstet ihn Herr Kusche, der auch selbst einige Male als Schöffe fungiert hat, das ist nicht so schlimm. Du brauchst ja nur Ja und Amen zu sagen. Einige Tage später teilt Herr Buttler seinem Freunde Kusche mit geheimnisvoller Miene mit, daß er seinen Freund Herrn Mittelstädt an seiner Statt ins Gericht geschickt habe. Wer war aber Herr Mittelstädt, und wie war es dazu gekommen, daß er an Stelle seines Freundes, Herrn Buttler, das Amt als Schöffe bekleidet hatte?

Herr Mittelstädt, von Beruf Kaufmann, war arbeitslos und betätigte sich als guter Freund der Familie Buttler in deren Haushalt. Als nun Herr Buttler die Ladung bekam — so erzählte Herr Mittelstädt heute morgen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, wo er sich wegen Amtsanmaßung, Urkundenfälschung und Betrug zusammen mit dem Molkereibesitzer Buttler — dieser wegen Anstiftung zu diesen Verbrechen — zu verurteilen hatte — da war guter Rat teuer. Herr B. schien für das Amt eines Schöffen völlig ungeeignet. Als dem Gericht die Mitteilung zugehrt wurde, daß er aus beruflichen Gründen nicht erscheinen könne, lautete der Bescheid, man möge für eine Vertretung sorgen. Als am Vorabend der Gerichtsitzung Herr B. wie gewöhnlich sich in einem Zustande befand, der ihn für jede Tätigkeit, auch für die eines Schöffen, völlig ungeeignet erscheinen ließ, holte Frau Buttler einen Arzt, um ein entprechendes Attest zu erhalten. Herr Buttler ließ jedoch den Arzt nicht an sich heran. Nun war guter Rat teuer. Da soll nach der Betundung des Herrn Mittelstädt sich zwischen ihm und Frau Buttler folgendes abgepielt haben: „Herr Mittelstädt, wollen Sie nicht an Stelle meines Mannes morgen ins Gericht gehen?“ „Aber Frau Buttler, das kann ich doch nicht.“ „Doch, Herr Mittelstädt, es wird ja niemand wissen, es bleibt unter uns dreien. Sie wissen doch, wie gut ich Ihnen bin, und Sie sind doch jetzt arbeits-

los.“ Da habe sich Herr Mittelstädt, um gefällig zu sein, und um eine Beirahung des Herrn Buttler wegen Nichterscheinens zu verhindern, bereit erklärt, an Stelle seines Freundes das Amt des Schöffen an den beiden Sitzungstagen, am 26. und 30. November, zu übernehmen. Er habe von Frau Buttler Geld zum Kasieren und Haarfrachten bekommen, auch 4 M. Spezen.

Am 26. November erschien Herr Mittelstädt zur Gerichtsitzung der 3. Strafkammer, händigte hier dem Gerichtsschreiber seine Legitimation als Buttler aus, wurde als Buttler verurteilt, er nahm als Buttler an den Beratungen teil und kniepte mit gutem Gewissen nach erfüllter Pflicht am Abend im Lokal des Herrn Kusche mit seinem Freunde Buttler. Am 30. November wiederholte sich dasselbe Spiel. Wieder erfüllte Herr Mittelstädt die Schöffenpflicht des Herrn Buttler, erhielt an der Gerichtskasse 12 M. als Vergütung für die Vertretung, und kniepte abends wieder guter Dinge im Lokal von Kusche. Dann paffierte aber das Malheur. Als Herr Buttler im Februar dieses Jahres zur Beerdigung seiner Mutter gefahren war, verkaufte seine Frau die Rube und die ganze Molkereiwirtschaft, und als er zurückkehrte, war er ohne Wirtschaft und ohne Frau. Letztere hatte wegen Trunksucht und Verschwendungssucht ihres Mannes die Scheidungsklage eingereicht. Herr Buttler verkaufte seinem Freund Kusche noch sein Grundstück für 28 000 M., von denen er 23 000 M. in einem Vierteljahr vertranf. Herr Mittelstädt behauptete heute, daß es die Frau gewesen sei, die aus Rache gegen den Mann seinen Schöffenfreundschaftsdienst zur Anzeige gebracht habe. Frau Buttler, die heute als Zeugin erschienen war, bestritt mit aller Entschiedenheit, Herrn Mittelstädt zu keinem Freundschaftsdienst angestiftet zu haben. Sie habe nur gehört, wie Herr Mittelstädt zu ihrem Mann gesagt habe: „Also, ich gehe morgen an deiner Stelle hin.“ Da sie aber auf ihren Mann ärgerlich gewesen sei, habe sie sich weiter um die Sache nicht gekümmert.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Mittelstädt drei Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Buttler zwei Wochen. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte Mittelstädt zu 8 Monaten und Buttler zu 2 Monaten Gefängnis. Ein teuer bezahlter „Freundschaftsdienst“.

## Ein Zollbeamter vor Gericht.

Zuchthausstrafe.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht stand der 40 Jahre alte Zollfahndungsbeamte Otto Lbbe, der beim Hauptzollamt Reutlingen in der Weinsteuerabteilung tätig war und seinen Beruf von Anfang an zu schweren Verbrechen benutzte und schließlich andere unschuldige Personen in das Verfahren hineinzuziehen versuchte, unter der Anklage der fortgesetzten schweren Amtsunteruschlagung, der schweren Urkundenfälschung und Urkundenbeseitigung, des Betruges und der Begünstigung.

Im Jahre 1923 kam Lbbe aus Hannover als Zollfahndungsbeamter nach Reutlingen. Schon an den Umzugskosten verlor er es, den Staat um 500 M. zu betrügen. Zu der Tätigkeit des Angeklagten als Beamter gehörte, in Gastwirtschaften und Weinstöcken die Weinsteuerbücher zu kontrollieren. In vielen, nicht seltenen Fällen stellten sich Unregelmäßigkeiten heraus, die er anzudeuten verpflichtet war. Statt dessen zog er die Steuern ein und behielt sie für sich, obwohl er überhaupt keine Gelder einzuziehen durfte. Während er in einem Falle sich einem Gastwirt anbot, seine Weinsteuerbücher zu führen, den Auftrag erhielt, dann die Bücher falsch führte und die ihm übergebenen Steuerbeträge zum ganz kleinen Teil abliefern, wobei schwere Urkundenfälschung an der Tagesordnung standen, vernichtete er auch verschiedentlich amtliche Urkunden. Daß Lbbe von Anfang an die Absicht hatte, für sich Gelder einzuziehen, wie der Vorsitzende sagte, bewies ein Besuch bei einem Weinstöcker, der nicht einmal in seinen Bezirk gehörte. Bei ihm „kontrollierte“ er die völlig richtig geführten Bücher, stellte aber eine angebliche Unrichtigkeit fest. Nur gegen Zahlung von 10 M. könne er von einer Anzeige Abstand nehmen. Er kassierte sie und ließ sich dann nicht mehr sehen. Erst nach langem Zureden konnte sich der Angeklagte zu einem Geständnis entschließen, nachdem er erst vergeblich versucht hatte, andere Personen mit in das Verfahren gegen ihn zu ziehen.

Wegen fortgesetzter schwerer Amtsunteruschlagung, schwerer Urkundenfälschung, Urkundenbeseitigung, Begünstigung und Betruges beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf ein Jahr zwei Monate Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe. Lbbe wurde sofort verhaftet.

## „Gasvergiftung“ — Feuerweh!

Die Feuerweh mußte heute früh um den Marm „Gasvergiftung“ innerhalb einer knappen Stunde dreimal ausrücken. Die Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff waren in allen drei Fällen von Erfolg gekrönt. — Die erste Verunglückte aus der Alexanderstr. 37 ein. Hier wurde die 18jährige Hausangestellte Marianna B. von ihrer Herrschaft in der mit Gas angefüllten Küche bewußtlos aufgefunden. Der Feuerweh gelang es, das Mädchen ins Leben zurückzurufen. Ihr Zustand war jedoch so bedenklich, daß sie in das Urban-Krankenhaus übergeführt werden mußte. Nach dem Befund liegt ein Selbstmordversuch vor, doch konnte der Grund zu dem Verzweiflungsschritt noch nicht ermittelt werden. — In der Heilbronner Str. 10 wurde in der Küche ihrer Herrschaft die 18jährige Hausangestellte Hedwig Sch. ebenfalls durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerweh waren erfolgreich. Das Mädchen fand im Schöneberger Krankenhaus Aufnahme. Ob ein Selbstmordversuch oder ein Unglücksfall vorliegt, bedarf noch der Klärung durch die Kriminalpolizei. — Gegen 17 Uhr früh wurde die 18jährige J. von ihrem Manne in der Küche ihrer Wohnung in der Andreasberger Straße zu Bruch bewußtlos aufgefunden. Auch hier war die Feuerweh mit Erfolg tätig. Frau J. wurde in das Brieger Krankenhaus gebracht. Nach den polizeilichen Ermittlungen liegt ein Unglücksfall vor.

## Fabrikbrand in Weiskensee.

Drei Löschzüge der Feuerweh wurden heute früh um 1/5 Uhr nach der Wilhelmstraße 14 in Weiskensee gerufen. In dem Dachstuhl der Räumerei einer Wurstfabrik war aus noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen, das sehr schnell um sich griff. Durch starkes Wassergeben aus drei Schlauchleitungen gelang es, den Brandherd einzudämmen. Die Ausräumungsarbeiten dauerten bis gegen 7 Uhr. — Mit der Befämpfung eines gefährlichen Ladenbrandes war die Schöneberger Feuerweh um 2 Uhr nachts in der Frankfurterstraße 15 längere Zeit beschäftigt. Das Feuer fand an leicht brennbaren Gegenständen reiche Nahrung und drohte größere Ausdehnung anzunehmen. Die Weh konnte jedoch das Feuer auf seinen Herd beschränken. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

In der Schleuse in der Untermüllersstraße fand heute vormittag um 1/9 Uhr eine Feuerlöschprobe der Jugendwache Fischersbrücke mit dem Feuerlöschboot III statt, die bis um 1/10 Uhr dauerte. Sämtliche Schlauchanschlüsse wurden in Tätigkeit gesetzt und die Wassermäntel in hohem Bogen in die Spree geschleudert. Das seltene Schauspiel hatte eine große Zuschauermenge angezogen.

## Die Gehaltsvorschüsse für die Beamten.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die zuletzt gewährten Gehaltsvorschüsse an die Beamten bis zur endgültigen Neuordnung der Besoldungsordnung den Beamten der Gruppen 1—5 weiter zu zahlen.“

## Der deutsche Ozeanflug.

Nach Lissabon gestartet.

Amsterdam, 5. Oktober

Das Zinkersflugzeug D 1230 ist heute morgen 5 Uhr 40 Minuten vom Marineflughafen aus zum Weiterflug gestartet. Das nächste Ziel ist voraussichtlich Lissabon. Die Wetterverhältnisse sind günstig, über dem Golf von Biscaya liegen niedrige Nebel.

## Notlandung eines Verkehrsflugzeuges.

Niemand verletzt, die Maschine schwer beschädigt.

Hannau, 5. Oktober.

Das Verkehrsflugzeug 597 der Deutschen Luftlinie mußte auf dem Fluge Berlin—Frankfurt a. M. infolge Motordefektes in der Nähe des Ringlingheimer Hofes eine Notlandung vornehmen. Die Landung schien zuerst auf einem Rübenfeld statt vorzutun zu gehen, als im letzten Augenblick das Flugzeug in einen Graben rollte, wobei die Maschine schwer beschädigt wurde. Führer und Passagiere kamen mit dem Schrecken davon, die Maschine, deren Fahrgestell und Propeller zerbrochen wurden, mußte abmontiert werden.

## Flugzeug aus Secnot gerettet.

Von einer glücklichen Rettung können die Passagiere eines französischen Flugzeuges der Linie Marseille—Algier sprechen. Das Flugzeug sah sich gezwungen, wegen eines Motordefektes mitten auf dem Meer niederzugesen. 24 Stunden waren bereits seit dem letzten Hilferuf von Bord des Flugzeuges verstrichen, ohne daß man eine weitere Nachricht erhielt, so daß das schlimmste befürchtet wurde. Wie jetzt mitgeteilt wird, wurde das Flugzeug jedoch von einem italienischen Segler aufgefunden und ins Schlepptau genommen. Die Insassen des Flugzeuges wurden in stark erschöpftem Zustande gerettet.

## Schlee und Brod in Detroit.

New York, 5. Oktober.

Die Weltflieger Schlee und Brod sind gestern in Detroit eingetroffen und haben somit die Weltreise beendet, die sechs Wochen gedauert hat. Allerdings haben sie die Strecke von Tokio nach San Francisco mit einem Dampfer zurückgelegt.

## Kongress der Arbeiterkrankenkassen.

Brüssel, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Akademiepalast in Brüssel begann am Dienstag der erste internationale Kongress der Arbeiterkrankenkassen. Vertreten sind zehn Länder, darunter Deutschland und Österreich. Namens der belgischen Regierung begrüßte Unterrichtsminister Genosse Hunsman den Kongress in Vertretung des abwesenden Arbeitsministers Genossen Wauters. Hunsmans führte aus, daß Belgien mit der Schweiz nahezu das einzige Land ohne eine obligatorische Krankenversicherung sei. Seit dem Kriege haben die belgischen freiwilligen Krankenkassen gewaltige Fortschritte gemacht, teilweise dank einer vermehrten Staatshilfe. Es wolle aber die Überzeugung, daß die Krankenversicherung auch in Belgien zur Pflicht gemacht werden müsse. Die Hauptaufgabe des Kongresses ist die Schaffung internationaler Zahlstellen der Krankenkassenverbände und Krankenhilfsvereine. Ein dahingehender Beschluß ist bereits am Dienstag gefaßt worden. Am Mittwoch folgt die Beratung der Statuten.

## Das Schicksal Filchner.

Die deutsche Gesandtschaft in Peking drachtet, daß nach einer Mitteilung, die der britischen Gesandtschaft in Peking zugegangen ist, die nördlich von Thaja angehaltenen Europäer, darunter offenbar Filchner, von den tibetischen Behörden nach Ladkha (Nordtibet) geführt werden.

Nach neuer Meldung aus dem nordtibetischen Berg- und Grenzland Sittim ist an seiner Grenze eine europäische Reisegesellschaft aus Tibet mit einem Deutschen eingetroffen. Danach scheint Filchner gerettet zu sein.

## Ein staatlicher „Musterbetrieb“.

### Selbstherrlichkeit eines Direktors.

Und wird geschrieben:  
 Seit April 1920 bestand eine tariflich anerkannte Sonderregelung für die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin, die u. a. die Bestimmung enthielt, daß die im Zeitlohn beschäftigten sonstigen Arbeiter als Grundlohn die für Berlin maßgebende Akkordbasis erhalten. Diese Sonderregelung galt bis zum November 1924, diente also fast vier Jahre lang als Berechnungsgrundlage.

Im März 1925 wurde die Berechnung der Löhne nach der Akkordbasis, ohne tariflich vereinbart zu sein, verweigert und damit diese Bestimmung der Sonderregelung für die Staatliche Porzellanmanufaktur einfach einseitig außer Kraft gesetzt. Proteste nützten nichts.

Seit dem Jahre 1919 bestand in der Staatlichen Porzellanmanufaktur die 45-Stunden-Woche. Im Frühjahr 1924 wurde die Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche festgesetzt. Für die drei Stunden längere Arbeitszeit wurde vom damaligen Direktor ein Lohnzuschlag von 10 Proz. gegeben. Als Dr. Mousfang, der gegenwärtige Direktor, die Leitung übernommen hatte, gab es die 10 Proz. nicht mehr.

Im April 1927 wurde ein Reichstarif für die feinkeramische Industrie unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums abgeschlossen und darauf allgemeinerbindlich erklärt. In dem Tarifvertrag ist festgelegt, daß unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in der Staatlichen Porzellanmanufaktur für diese Sonderabmachungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgeschlossen werden. Diese Bestimmung enthielt bisher jeder Tarifvertrag. Die Sonderabmachungen, also Einhaltung der tariflichen Bestimmungen, wurden nicht getroffen. Ein Schiedsgericht wurde daraufhin zur Entscheidung angerufen. Es legte in einem Spruch binden d für beide Teile noch einmal fest, was im Tarifvertrag bereits enthalten war. Der Direktor Dr. Mousfang lehnte sich nicht daran.

In dem Spruch des Schiedsgerichts ist u. a. festgelegt, daß der Lohn der Schleifer unter Berücksichtigung der Entlohnung der Berliner Facettenschleifer zwischen Betriebsleitung und gesetzliche Betriebsvertretung neu zu regeln ist. Dem ist die Leitung der Staatlichen Porzellanmanufaktur bis heute noch nicht nachgekommen.

Für die selbstherrliche Art des Direktors seien nur noch einige Fälle zitiert. Am Etat der Staatlichen Porzellanmanufaktur war im Jahre 1926 ein Unterstützungsfonds von 5200 M. eingelegt. Der Direktor verfügte ohne Mitwirkung des Betriebsrats darüber. Die eigentlichen Leidenden der Manufakturarbeit und -arbeiterinnen klagten, daß sie leer ausgingen, während weniger Bedürftige reichlich bedacht würden. Eine Auskunft, in welcher Weise die Gelder verteilt wurden, verweigerte die Direktion dem Betriebsrat. Zu der abschlägigen Antwort brauchte die Direktion fünf Monate.

Zu Lebzeiten des Bautechnikers D. Hiesz es öfters, der Posten ist eigentlich überflüssig und sollte er ja wieder einmal besetzt werden, dann mit einer minderen Kraft. Nach dem Ableben des Bautechnikers wurde ein Studienfreund des Direktors mit der Stelle betraut und ihm extra noch eine Hilfskraft beigegeben.

Ein Kunde bestellte Ware, deren Lieferung sich lange hinauszog. Auf seine Mahnung erhielt er die Antwort, er möge sich gedulden, in Folge von Beurlaubungen der betreffenden Maler sei die Hinauszögerung eingetreten. Dabei war der Urlaub für die betreffenden Maler gesperrt, für die Malerei war in der gleichen Zeit Kurzarbeit angehängt und 22 Maler waren vordem entlassen worden. Das ist Wirtschaft! Dafür bezieht der Direktor ein Gehalt von 60 000 M.!

Für heute wollen wir es mit den angeführten Fällen genug sein lassen. Uns will scheinen, daß diese Fälle auch genügen, damit der zuständige Landtagsausschuß die Tätigkeit des Direktors Mousfang sich etwas näher ansieht. Er wird aber gut tun, dabei nicht nur den Direktor und dessen Vertreter, sondern vor allem die Vertreter der Arbeiter zu hören. Denn schließlich ist es nicht unbedingt erforderlich, daß in einem staatlichen Betriebe — Porzellan zerklüftet wird.

## Reichstagung der Berufsfeuerwehrlente.

Halle, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Am 4. und 5. Oktober findet in Halle der 4. Reichsbezirksvertretertag des BDB. statt. Delegierte aus allen Teilen des Reiches sind zusammengetreten, um über eine Reihe brennender Berufs- und Organisationsfragen zu beraten. Zunächst sprach Weilmeyer vom Verbandsvorstand über die Anstellung des Feuerwehrpersonals.

Er stellte die Forderung auf, nach einer bestimmten Probezeit für alle kommunalen Berufsfeuerwehrlente ein Beamtenverhältnis zu schaffen.

Sodann sprach George über die Verhältnisse und Schwierigkeiten bei den Industriebereitsfeuerwehren. Es fand eine Entschließung einstimmige Annahme, die einmal von der preussischen Regierung verlangt, daß ein Beschluß des Landtages verwirklicht wird, der die Ueberführung der Dauerangestellten der Gemeinden in ein Beamtenverhältnis vorschlägt, ferner Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag auffordert, endlich ein neues Beamtengesetz zu schaffen, das die Bestimmung enthält, daß die Gemeinden verpflichtet sind, Beamtenstellen nach den gleichen Grundsätzen zu schaffen wie Reich und Länder.

Darauf referierte Dr. Gorn über die Gefahren der chemischen Industrie für den Feuerwehrdienst. Im Interesse der gesamten Berufsfeuerwehr wurde dem gefordert, daß die Benennung der einzelnen Dienstgrade im ganzen Reich einheitlich erfolge.

Der nächste Punkt, Organisationsfragen, führte zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Verbandsvorsitzender Collinus gab vorerst einen Ueberblick über das Verschmelzungsproblem.

Die Bemühungen des BDB, einen gemeinsamen Verband aller Kommunalbeamten zu bilden, scheiterte; der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hatte die Verschmelzung unmöglich gemacht, so daß nunmehr verlußt wird, die früheren Arbeitsgemeinschaften zu einem Verbande zusammenzufassen. Die Debatte brachte teilweise eine scharfe Vertimmung zum Ausdruck. Mit Annahme einer Entschließung, die die Zusammenschließung der Arbeitsgemeinschaften der kommunalen Beamtenverbände im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund fordert, fand der erste Verhandlungstag sein Ende.

## Börsenhause als Notfall.

### Ein Freibrief für unbefristete Ueberarbeit in den Banken

Nachdem erst vor acht Tagen eine Strafverhandlung gegen die Dresdener Bank-Berlin mit einem Freispruch endete, fand gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Sternheim eine Strafverhandlung gegen vier Direktoren der Disconto-Gesellschaft statt, und zwar den Personaldirektor Weisemann, dessen Stellvertreter Direktor Simon, den Personaldirektor Groß und den Abteilungsleiter Heye. Die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Ruchmann. Alle vier Angeklagten hatten einen richterlichen Strafbefehl in Höhe von 4000 M. erhalten, gegen den sie Einspruch erhoben hatten. Gestern wurden auch Sachverständige der Angestellten, und zwar Henke und Lehmann vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten, gehört, die beide in ausführlichen Darlegungen betonten, daß den Banken sehr wohl vorbeugende Maßnahmen für den Fall plötzlichen Geschäftsanstieges möglich sind.

Als Sachverständige der Unternehmer wurden Direktor Böhl von der Liquidationskassa und Direktor Sperber von der Deutschen Bank gehört. Als Zeugen waren etwa 20 weibliche Angestellte der Disconto-Gesellschaft geladen, die nur zur Hälfte vernommen wurden und leider wieder aus Furcht vor Repressalien fast völlig verstiegen.

Die zur Anklage stehenden Straftaten liegen lange zurück (April bis Juni 1926). Inzwischen sind Beeinflussungen der in Frage kommenden Angestellten erfolgt, deren Namen der Bankdirektion aus den Akten längst bekannt sind. Eine Beeinflussung ist auch darin zu erblicken, wenn nachträglich irgendwelche unzulänglichen Pauschalummen den Angestellten gezahlt werden. Abhilfe ist nur durch einen Zwang zur Führung von Ueberstundenlisten unter Mitwirkung des Betriebsrates zu schaffen, die dem Gericht ein objektives Bild über die tatsächlichen Arbeitszeitverhältnisse in den Großbanken geben würden. Der Staatsanwalt machte sich die Gutachten der vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten benannten Sachverständigen voll inhaltlich zu eigen und beantragte, es bei dem durch den Strafbefehl festgesetzten Strafmaß von je 1000 M., evtl. für je 50 M. ein Tag Haft, zu belassen.

Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung auf Kosten der Staatskasse und erkannte damit an, daß eine Börsenhause für die Banken ein Notfall im Sinne des § 10 Absatz 1 der Arbeitszeitverordnung ist. Die Staatsanwaltschaft wird auch gegen dieses unhaltbare Urteil Einspruch einlegen.

## Lohnbewegung der Kraftdroschkenführer.

Der Verkehrsband hatte die Lohnsätze der Berliner Kraftdroschkenführer zum 30. September gekündigt und von den Unternehmern eine Erhöhung des täglichen Grundlohnes auf 4 M. und die Einführung eines täglichen Garantielohnes von 7 M. gefordert. Die Beteiligung der Fahrer mit 25 Proz. an der Bruttoeinnahme sollte beibehalten werden. Da die Forderungen nur sehr mäßig waren, hatte die Organisation erwartet, daß die Unternehmer auf die Forderungen eingehen würden, zumal die Löhne der übrigen Kraftfahrer in Berlin bedeutend höher liegen.

Die Unternehmer brachten aber wider Erwarten den Forderungen ihrer Arbeiter gar kein Verständnis entgegen. In den ersten Verhandlungen erklärten sie, daß erst die Neuregelung der Lohnfrage abgemacht werden müsse, ehe über diese Forderungen ernsthaft diskutiert werden könne. Die Verhandlungskommission der Chauffeurs hielt dem entgegen, daß es nach ihrer Auffassung richtiger wäre, erst einmal die Löhne zu regeln, da diese nach den bisherigen Erklärungen der Unternehmer bei der Tagesberechnung von Bedeutung seien. Die Verhandlungen wurden aber schließlich doch verlagert und am Freitag voriger Woche vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt. Nach mehrstündigen ergebnislosen Verhandlungen wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, der im wesentlichen folgendes betraf: Die geltenden Grundlöhne von 1,25 M. bis 2,25 M. pro Tag sowie die bisherige Beteiligung mit 25 Proz. an der Gesamteinnahme bleiben bestehen. Die Unternehmer sollen ihren Fahrern für 6 Schichten pro Woche einen Verdienst von 36 M. garantieren. Dieses Lohnabkommen soll bis zum 31. März 1928 gelten. Die Erklärungsfrist wurde auf den 7. Oktober festgesetzt.

Dieser Schiedsspruch bedeutet eine glatte Ablehnung der Forderungen der Kraftdroschkenführer. Trotz der seit dem letzten Tarifabschluß eingetretenen Teuerung läßt er die „Löhne“ bestehen und setzt nur einen Garantielohn fest, der weit unter dem geforderten Satz liegt.

Die organisierten Kraftdroschkenführer nahmen gestern abend in einer Versammlung im Dresdener Kasino zu dem Schiedsspruch Stellung und lehnten ihn entsprechend dem Vorschlag der Branchenkommission einstimmig ab. Sie beauftragten die Organisation, in nächster Zeit eine öffentliche Protestversammlung aller Berliner Kraftdroschkenführer einzuberufen, um dann in der Branchenleitung die weiteren Maßnahmen zu beraten.

Der Sektionsleiter des Verkehrsbandes Genosse Hehl berichtete dann noch über die Verhandlungen im Polizeipräsidium wegen der Neuregelung der Lohnfrage und betonte, daß die Durchführung der Beschlüsse der Tarifkommission wahrscheinlich auch eine wesentliche Verbesserung für die Kraftdroschkenführer bringen werde. Genosse Hehl erklärte, daß die Lösung der Lohnfrage noch lange nicht ideal sei, daß aber im Augenblick keine bessere Lösung möglich sei.

## Louis Jakobeit

Die Arbeiterbewegung erlitt durch das Hinscheiden des Genossen Jakobeit einen schweren Verlust. Am 12. September 1865 in Litfa geboren, kam Louis Jakobeit bald nach Berlin und trat hier vor 34 Jahren seiner Berufsorganisation, dem Verband der Räder, bei. In dieser war er zunächst viele Jahre mit unermüdlichem Fleiß ehrenamtlich tätig und vor mehr als 22 Jahren stellte ihn die Organi-

isation auf den verantwortungsvollen Posten eines Bezirksleiters, den er bis zu seinem Krankenlager mit fester Pflichtenstreue versah. Vor acht Wochen warf ihn ein tödliches Herz- und Nierenleiden aufs Krankenlager, von dem ihn der Unbezwingliche Tod am 4. Oktober abrief.

Genau, wie für seine Berufsorganisation, setzte sich Genosse Jakobeit von Jugend an auch für die Sozialdemokratische Partei mit dem größten Eifer ein. Ihr und ihrer Politik blieb er bis zu seinem Tode treu.

Seit der Vereinigung der früheren Ortskrankenkasse der Maler mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin gehörte er deren Vorstand an und wurde hier wie überall, seines lauterer Charakters, ehrlichen Wesens und zähen Kampfeswillen um das Wohl der Arbeiterklasse, hochgeschätzt. Mit ihm ist ein Kampfgenosse viel zu früh von uns gegangen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken sichern.

Die Einäscherung findet Donnerstag, 6. Oktober 1927, 19 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg statt.

## Immer noch Bankangestellte zubielt?

Wien, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Merkur-Bank, eine Tochtergesellschaft der Darmstädter und Nationalbank, hat vor einigen Tagen 70 Angestellte gekündigt und mitgeteilt, daß noch weitere abgebaut werden sollen. Dieser Abbau erfolgt auf Anordnung der reichsdeutschen Leitung. Die Gewerkschaft der Bankbeamten hat, da der Abbau dem Kollektivvertrag widerspricht, die Zivilklage gegen die Merkur-Bank auf Ungültigkeitserklärung der Kündigungen eingebracht.

## Miserable Löhne in der Zigarrenindustrie.

Erste Klagen über die Unzulänglichkeit der Löhne der Zigarrenarbeiter sind vor kurzem auf einer Konferenz des Rates des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Bremen laut geworden. Die bei guten Durchschnittsleistungen erzielten Verdienste sind so schlecht, daß sie auch nicht entfernt zur Deckung der bescheidensten kulturellen Bedürfnisse ausreichen. Schon im April 1919 hatten die Zigarrenfabrikanten einer Vereinbarung zugestimmt, wonach der Mindestlohn für 1000 Stück Zigarren 7,50 M., für 1000 Stück Zigarillos 6 M. und für das Sortieren von 1000 Stück Zigarren 75 Pf. betragen sollte. Jetzt beträgt der Mindestlohn für 1000 Stück Zigarren 8,90 M., für 1000 Stück Zigarillos 6,30 M. und für das Sortieren von 1000 Stück Zigarren 84 Pf. Das ist günstigerfalls eine Erhöhung von 18,66 Proz. Dabei waren aber die Lebenshaltungskosten seit der Vorkriegszeit nach der Reichsindexzahl schon im August um 46,6 Proz. gestiegen.

Nicht nur die Löhne der Zigarrenarbeiter müssen aufgebessert werden; auch sonst gibt es im Reichsarbeitsvertrag eine Reihe von Bestimmungen, die der Verbesserung bedürfen.

Bei der Firma Pfanschold in Bünde i. W. haben sämtliche Arbeiter, Former, Schlosser, Dreher, Modellstecher und Hilfsarbeiter wegen Lohnbitterens die Arbeit niedergelegt. Wir erlauben, falls die Firma Anstrengungen macht, Arbeitsträfte von auswärts heranzuziehen, für die Fernhaltung des Zuges Sorge zu tragen. Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Bielefeld.

Bezirksversammlung der im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten Kollegen des 17. Verwaltungsbezirks Lichtenberg am Donnerstag, 6. Oktober, 19 Uhr, im Casinozimmer, Lichtenberg, Katholische, Tagungsraum: 1. Arbeitsgerichtliche Referent Kollege Schauer; 2. Lohnbewegung; 3. Verkehrsmittel; 4. Gesetze aller Mitglieder unbedingt notwendig. Die Bezirksleitung: J. K.: Benett.

## Sport.

### Ringerwettkampf im Sportpalast.

Huthanen—Leskinowicz unentschieden.

Nur noch sehr wenige Tage trennen uns von dem Schlußtag des gut verlaufenen Wettkampfes; die noch in der Konkurrenz verbliebenen Ringer kämpfen mit großer Ertüchtung um die Plätze und der bisher gebotene Sport in den Kämpfen ragt technisch hoch empor. Alles in allem kann man von einer Renaissancezeit des Ringkampfes sprechen. — Am Montag kam der Finne Huthanen zu einem sehr schnellen Siege, der Schweizer R. Grüneisen, den er sofort scharf angriff und bereits nach 2,40 Minuten durch Schulterdrehgriff unter sich brachte. Steinle, Steitler und Fevre. Paris setzten ihr Treiben fort. Der Steitler siegte nach 45 Minuten durch plötzlichen Hüftschmerz. Der Elberfelder Kunst bezwang den jungen Schweizer O. Grüneisen in der 47. Minute mit Untergriff. Sztetler konnte auf seinem ungewöhnlichen Siegeszuge einen weiteren gefährlichen Konkurrenten hinter sich lassen; durch einen Schulerdrehgriff als Parade mußte Stolzenwald für die Zeit auf die Bretter. Gesamtheit 50 Minuten. Dienstag abend trat der schwere Lette Leskinowicz mit dem ausgezeichneten Finnen Huthanen erneut zusammen, mit dem er im Jahre 1922, im selben Hause, über eine Stunde gekämpft hatte. Der Kampf mußte seinerzeit abgebrochen werden, da sich der Finne eine Schulterverletzung zuzog, die sein Ausschneiden zur Folge hatte. Die neuartige Ringweise des Finnen, dessen vollkommene Beherrschung des Körpers und der Glieder rufen Situationen hervor, die man bei anderen Ringern wohl kaum findet. Ihn zu lassen, ihm einen erfolgreichen Griff anzusetzen, ist fast unmöglich, und glaubt man, daß er jetzt in einem unlösbaren Griff sitzt, so ist er längst wieder entwischt. Die nutzlosen Angriffe seiner Gegner scheinen ihm sichtlich Freude zu bereiten; aber schnell ist er an der Ausnutzung der Höhe seiner Gegner. Der Lette, der in beiden Gängen meistens im Angriff lag, konnte sich an der Gewandtheit seines Gegners nicht durchsetzen, so daß dieses neue erste Treffen mit einem Unentschieden abgebrochen werden mußte. Der Schweizer R. Grüneisen mußte vor dem Franzosen Faure in der 45. Minute durch Untergriff von vorn auf die Schultern. Das Treffen Steinle gegen Kunst blieb lange Zeit völlig offen, die Chancen wechselten in einem fort, erst nach 1 Stunde 17 Minuten gelang es Kunst durch einen blitzschnellen Ausheber seinen Gegner zu besiegen. Sztetler warf den Holländer van Riel diesmal schon nach 6 Minuten durch Untergriff.

Bezirksleitung für Politik: Dr. Carl Geyer; Wirtschaft: G. Kluge; Kultur: G. Kluge; Gewerkschaftsbewegung: R. Schuler; Freizeiten: Dr. John Schilowski; Sozial- und Sonstige: Reich Ruchardt; Auswärtige: Dr. Gode; Familie in Berlin; Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formata-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Eintrachtstr. 2.

**Zu noch nie dagewesenen Preisen**  
 bringen wir  
**Stores, Gardinen, Bettdecken**  
 Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5,90, 7,50, 8,90 M.  
**Halbstores** in allen Webararten 1,75, 4,50, 5,50 M. — M.  
**Gardinen-Reste** sind fast ausnahmslos zum halben Preis.  
 — Einzelverkauf von 9—7 Uhr. —  
**Spezial-Gardinen-Werkstätten**  
**Neukölln, Bergstr. 67**  
 2 Stock, am Ringbahnhof  
**Kein Laden!**  
**Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billig!**  
 des Vorwärts und trotzdem

**TRAURINGE**  
  
 1 Ring Dukatengold (900 gest.) zum Reklamepreis von . . . . . Mk. 18.—  
 Gediegen und modern . . . . . Mk. 22.—  
 Schwere Ausführung . . . . . Mk. 28.—  
 1 Ring (585 gest.) . . . . . Mk. 12.—  
 Gediegen und modern . . . . . Mk. 15.—  
 Schwere Ausführung . . . . . Mk. 18.—  
 5 karat. Ringe v. Mk. 4.— bis 7.— p. Stück.  
 Gravieren gratis zum Mitnehmen.  
**Hermann Wiese, Berlin** N24, Artilleriestr. 38  
 W. Passauer Str. 12  
 Ständig ca. 3000 tadellose Trauringe am Lager.  
**Möbelspeicher Badstr. 31**  
**Stets Gelegenheitskäufe**  
 Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, Einzelmöbel,  
 neu und gebraucht. Auch Zahlungserleichterung.  
**Bitte auf Hausnummer achten!**

**van Heusen**  
 Der **HALBSTEIFE KRAGEN**  
 Deutsches Fabrikat  
 Billigste Hauswäsche Überall zu haben  
 Eleganter wie ein steifer Kragen  
 Bequem wie ein weicher Kragen  
 D.R.P.

**Zum Kampf gegen das Reichsschulgesetz**  
 empfohlen durch  
 Maria Gaus  
**Kirchenschule oder Volksschule**  
 Komplet 1. Wert  
**Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes**  
 Kartieren 2,00 Wert  
 Zu beziehen durch:  
 J. B. B. Dietz Buchh. G. m. b. H.,  
 Lindenstr. 3 und allen Ausgabe-  
 stellen des „Vorwärts“.